

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das
sowie für das Forst-

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 301

Mittwoch den 31. Dezember 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

5. Nachtrag

zur Verordnung vom 13. September 1919 (1680 VLAIV) über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1919/20 — Sächs. Staatszeitung vom 16. September 1919, Nr. 212).

1. An Stelle der in der Bekanntmachung vom 16. September 1919 unter Punkt 5 Abs. 3 festgesetzten Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. und Anfahrprämie von 25 Pfg. und der reichsrechtlichen Schnelligkeitsprämie von 2 Mk. ist vom 15. Dezember 1919 an laut Reichsbestimmung eine Aufbewahrungsgebühr von 2,75 Mk. für den Zentner getreten. Der Erzeugerhöchstpreis beträgt daher seit 15. Dezember 1919 bei Lieferung an den Kommunalverband 10 Mk. und bei Lieferung auf Landeskartoffelkarte 10,25 Mk. für den Zentner. Zu diesem Preise kommt vom 1. Januar 1920 ab infolge reichsrechtlicher Festsetzung von Ablieferungsprämien noch ein Preiszuschlag von 2,50 Mk. für den Zentner.

Beim Bezug auf Landeskartoffelkarte unmittelbar beim Erzeuger ist dieser Preiszuschlag nicht an den Erzeuger, sondern an den Kommunalverband, aus dem die Kartoffeln geliefert werden, oder die von ihm bestimmte Stelle zu entrichten.

Die Kartoffelerzeuger haben spätestens bis zum 31. Dezember 1919 sämtliche bis dahin belieferten Abschnitte der Landeskartoffelkarten an ihre Gemeindebehörden einzureichen.

Vom 1. Januar 1920 an dürfen die Abschnitte der Landeskartoffelkarten nur noch beliefert werden, wenn sie von dem Kommunalverband des Erzeugers oder der vom Kommunalverband bestimmten Stelle nach Bezahlung des Preiszuschlages von 2,50 Mk. unter Befügung des Datums abgestempelt worden sind.

2. Gesunde, noch zur menschlichen Ernährung geeignete Kartoffeln dürfen nicht mehr in Brennereien verarbeitet werden. Brennereien, die innerhalb des ihnen freigegebenen Brennereientingens zur menschlichen Ernährung nicht mehr geeignete Kartoffeln verarbeiten wollen, haben vorher die Genehmigung ihres Kommunalverbandes einzuholen.

Dresden, am 24. Dezember 1919.

2585 VLAIV

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Hundesperre.

Nachdem an einem in Kleinopitz erschossenen Hunde die Tollwut festgestellt worden ist, wird, um die Weiterverbreitung der Wutkrankheit zu verhüten, über die Orte

Grumbach und Kesselsdorf die Hundesperre

bis mit 22. Februar 1920 dergestalt angeordnet, daß bis zu diesem Tage alle Hunde in diesen Orten eingesperrt zu halten oder nur mit gut passendem Maulkorbe versehen an der Leine auszuführen sind.

Ohne polizeiliche Erlaubnis dürfen Hunde aus dem gefährdeten Bezirke nicht ausgeführt werden.

Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß dieselben fest angehakt, mit einem sicheren Maulkorb versehen und außer der Zeit des Gebrauches festgelegt sind.

Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Fleischhunden zum Treiben von Vieh und von Jagdhunden bei der Jagd bleibt nachgelassen, es sind jedoch dieselben außer der Zeit des Gebrauches (außerhalb des Jagdreviers) festzulegen, oder, mit einem sicheren Maulkorb versehen, an der Leine zu führen.

Werden Hunde innerhalb der gesperrten Orte diesen Vorschriften zuwider frei umherlaufend betreten, so kann und wird, falls solches durch die Umstände geboten erscheint, deren sofortige Tötung erfolgen.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden, insoweit nicht die Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes vom 28. Juni 1909 Platz greifen, oder sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwickelt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Die in Frage kommenden Ortsbehörden haben über die genaue Befolgung dieser Vorschriften zu wachen, auch sind von denselben unverzüglich die vorgezeichneten öfteren Umgänge durch den Kavaller oder andere dazu geeignete zuverlässige Personen anzuordnen, wobei bemerkt wird, daß die von den Kavallern oder von den damit beauftragten Personen bei ihren Umgängen eingegangenen Hunde, wenn sie von den Eigentümern nicht binnen 3 Tagen gegen Erlegung der von der Ortspolizeibehörde festzusetzenden Entschädigung für den gehaltenen Unterhalt zurückgefordert werden, getötet werden können, insofern nicht ihre Tötung in Fällen von Tollwut sofort geschehen muß.

Weissen, am 29. Dezember 1919.

1901

Nr. 1798 V

Die Amtshauptmannschaft.

Zugeständnisse des Obersten Rates?

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichsregierung veröffentlicht den angeforderten Gelebensurteil betreffend die Kinosenur.

In einem Interwiew erklärte Erzberger, Deutschland sei bereit und imstande, innerhalb eines Jahres 20 Milliarden an die Entente zu zahlen.

Die Vergaberichter im Ruhrrevier fordern erneut die Beschlusmündigkeit.

Auf der französischen Auslieferungsliste soll sich auch der vormalige deutsche Kronprinz befinden.

Der französische General Degoutte wird nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zum Oberkommandierenden der französischen, belgischen und englischen Besatzungsarmee in den Rheinlanden ernannt werden.

Die ungarischen Behörden sind einer großen bolschewistischen Verschwörung auf die Spur gekommen.

Angesichts des Vorgehens Englands gegen die Türkei und das Kalifat drohen die muslimantischen Länder mit einem Boykott englischer Waren.

Ring und Stacheldraht.

Unbehirt durch alle Friedensausichten, durch Verhandlungsgerede und Völkerverbund schreit der Hasser Clemenceau seinen Weg. Wenn er, im strengsten Winter, trotz seiner hohen Jahre nach London fährt und dort ein paar Tage lang mit Lord George zusammenfährt, so können wir sicher sein, daß er Unheil ausbrütet, wenigstens Unheil für Deutschland, das nach dem Willen dieses Mannes für Zeit und Ewigkeit von den Freuden dieses Vaseins ausgeschlossen bleiben soll. Und wenn dieser Besuch bald nach dem Jahreswechsel erwidert wird, so ist kein Gegen ein zu wetten, daß dabei nur das an der Themse eingeleitete Klänkepiel an der Seine lediglich seine Fortsetzung finden soll. Wer in die Geistesart dieses französischen Ministerpräsidenten und kommenden Präsidenten der Republik noch nicht tief genug eingedrungen ist, der prüfe sich die Worte ein, mit denen er dieser Tage, als er, schon zwischen Lür und Angal, in der Kammer noch unverkennbar über seine auswärtige Politik interpelliert wurde, den wüßbegierigen Abgeordneten Rede und Antwort stand: Um Deutschland einen festen Ring gezogen, damit es nicht müden kann, und um England einen Stacheldraht, der jedem Unbefugten die Annäherung verwehrt. Jedem Unbefugten — will natürlich in erster Reihe folgen: dem deutschen Nachbarn, dessen eiserne Umfassung von keiner Seite her gelodert werden darf. Das ist das französische Friedensprogramm der Zukunft, und Clemenceau iorot dafür, daß

es sein — wie sagt man doch jetzt? — „verankert“ wird in Machtverhältnissen und Verträgen, damit er, wenn auch seine Zeit gekommen ist, ruhigen Herzens in die Ewigkeit hinüberzuklammern kann. Ein großer Mann ohne Zweifel, ein großer Hasser und ein großer Köhmer.

Der Ring um Deutschland — schon fühlen wir seinen Druck täglich schmerzhafter anschwellen. Lüdenlos sind wir im Westen von jedem freien, nach eigenem staatlichen Bedürfnis zu regelnden Verkehr abgeperrt. Die fremdländische Verwaltung hat sich im Rheingebiet bereits mehr als hässlich eingerichtet, und seinen Augenblick dürfen wir darüber im Unklaren sein, daß die Franzosen an ihren alten Rheinbundgedanken zäher denn je festhalten, daß sie kein Mittel unverzicht lassen werden, um auch hier nach ihr sogenanntes Verkehrswerk zu vollenden. Mühen sie sich auf dem linken Rheinufer wegen der nahen Anwesenheit britischer Siegesgenossen äußerlich noch einige Zurückhaltung aufzulegen, so gehen sie um so rücksichtsloser im Saargebiet und in der Rheinpfalz vor, wo kaum ein Tag verstreicht, ohne daß sie sich geradezu mit Gewalttätigkeit über Recht und Gesetz nicht nur, sondern auch über die klarsten Bestimmungen des Friedensvertrages hinwegsetzen. Hier ist keiniger Boden für ihre hinterlistigen Annexionsgedanken, das fühlen sie ganz gut aus dem mannhaften Verhalten aller Schichten der Bevölkerung heraus. Um so drohlicher treten sie auf, um so gramlamer gehen sie namentlich dem führenden Deutschland des Landes aufleibe.

Wir häufen Protest auf Protest gegen diese fortgesetzten, sich von Fall zu Fall verschärfenden Rechts- und Vertragsbrüche, aber wir finden keinen Richter, wir finden keinen Helfer. Ohnmächtig müssen wir zusehen, wie urdeutsches Land frevelhaft zu Boden getreten wird, um mit allen seinen reichen Bodenschätzen, nach fünfzehn Friedensjahren von der Franzosenrepublik als reife Frucht eingeklemmt zu werden. Daneben wird um den deutschen Süden geworben, mit aller Vorsicht, versteht sich, auf Um- und auf Schleichwegen, damit die Deutschen nur nicht zu früh dahinterkommen, aber mit der zielbewußten Beharrlichkeit, die guten Politikern eigentlich ist — und wer wollte heute noch leugnen, daß die Franzosen sich ganz ausgezeichnet auf die große Politik verstehen? Wie bewunderungswürdig haben sie die Tscheken, die Polen in den Dienst ihrer Revanchefache gestellt, und wie bekommen sie es auch heute noch fertig, wo das graue Elend doch bereits sehr vernehmlich an die Tore dieser neugeborenen Republik klopft, sie in ihrer Büttelei gegen Deutschland festzuballen. Polen insbesondere, das die menschheitsbeleidigende Kra der Abzöpfung so vielversprechend einleitet, indem es sich

verweis ein kampfabiges Heer von 500 000 Mann zugelegt hat, ist dazu ausersehen, den rechten deutschen Arm unter dem Druck unwiderstehlicher Dammströmen dauernd gefesselt zu halten — und zu gleicher Zeit den Stacheldraht an der russischen Westgrenze zu bilden, mit dessen Hilfe auch dieser Riese gezähmt werden soll, ganz wie es Herr Clemenceau sich vorgenommen hat. Den Rest, von Osten her haben die Japaner zu besorgen. Erst wenn dieser Ring und dieser Draht vollends geschlossen ist, wird der große „Tiger“ ruhig schlafen können.

Das alles ist keine Weltberückung, Gott bewahre! Es ist Friedensbürgschaft größter Stills, nichts weiter. Sagt der Patriarch der Franzosen. Die Weltgeschichte wird anders darüber urteilen, zweifellos, aber das geniert ihn nicht; er will die niemals wiederkehrende Gelegenheit für sein Volk nützen.

Zugeständnisse des Obersten Rates?

Deutschland soll unterzeichnen.

Wie die Stimmung in der engeren Friedenskonferenz in Paris eigentlich ist, weiß niemand zu sagen.

Man glaubt aber in den Kreisen der Friedenskonferenz bestimmt, daß Deutschland das Protokoll vom 1. November unterschreiben wird, obwohl die deutsche Delegation mit allen Mitteln eine Widerrung der letzten Bestimmungen zu erstreben sucht. Diese Haltung wird durch den Umstand verstärkt, daß der Oberste Rat vielleicht doch einige Zugeständnisse machen wird.

Diese etwaigen Zugeständnisse der Entente werden zweifellos höchst dürftig ausfallen. Auch bietet ja der sogenannte Friedensvertrag selbst für die Entente noch genug Möglichkeiten des Zugriffs gegenüber dem rechtlos gemachten Deutschland.

Der Kaiser-Prozess.

Mit Bezug auf das Schicksal Wilhelms II. berichtet ein anscheinend offiziell inspiriertes Londoner Telegramm über die Auffassung leitender politischer Kreise Englands: Man verlangt nicht mehr, daß der Kaiser durch einen internationalen Gerichtshof abgeurteilt und bestraft werden soll, aber man hält seine Unschädlichmachung für notwendig. Sein Aufenthalt nahe der deutschen Grenze bilde eine Gefahr im Hinblick auf monarchistische Konspirationen in Deutschland. Von englischer Seite wird der Kaiser mehr und mehr als psychologische Phänomen betrachtet, nicht nur auf Grund der Randbemerkungen zu den Kriegsdokumenten, sondern auch vor allem auf Grund seiner Briefe an den Zaren Nikolaus. Diese Briefe sind von den Politikern geraubt und